

## **Gegenanträge und Wahlvorschläge**

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

uns sind die nachfolgend aufgeführten Anträge zugegangen, die wir im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zugänglich machen. Sie sind - soweit sie nicht lediglich auf Ablehnung der Verwaltungsvorschläge gerichtet sind - zur Erleichterung der Stimmabgabe bzw. Weisungserteilung mit Buchstaben gekennzeichnet. Den nicht mit Buchstaben gekennzeichneten Anträgen können Sie sich anschließen, indem Sie bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt mit "nein" stimmen. Über die Anträge kann nur abgestimmt werden, wenn sie auch in der Hauptversammlung gestellt werden.

# Antrag zu TOP 3 und 4

## Von Aktionär Bernd Kevesligeti

Bernd Kevesligeti

Aktionärsnummer



Köln, den 15. April 2025

Gegenantrag zur Hauptversammlung der Deutschen Post AG am 5. Mai 2025 nach den §§ 125 und 126 des Aktiengesetzes zur Veröffentlichung.  
Zu TOP 3 und TOP 4

Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sind die Entlastung zu verweigern.

In den letzten Jahren wurden 20.000 Briefkästen abgehängt und 5000 Filialen geschlossen, eine Entwicklung die weiter geht. In ländlichen Gebieten gibt es vielfach keine Post mehr. Nach einer Anfrage von dpa bei der Bundesnetzagentur sind 141 Pflichtorte ohne Postfiliale. Auch werden die Entfernungsvorgaben von 2 Kilometern zu einer Filiale nicht eingehalten. Verbraucher- und Kundenfeindlich ist auch die Verlängerung der Brieflaufzeiten für 95 Prozent der Briefe auf 3 Tage und für 99 Prozent der Briefe auf 4 Tage. Jahrzehntelang galt Einlieferungstag plus 1 Tag als Laufzeit. Heute ist das offenbar nicht mehr haltbar. Da zeigt auch, wer auf dem absteigenden Ast ist. Bei der Bundesnetzagentur gingen 2025 über 55.000 Beschwerden ein (Hit ist der Ausfall der Zustellung). 2022 waren es 43.000.

Während sich im Schnitt in deutschen Unternehmen der Abstand in der Vergütung zwischen Vorständlern und den Arbeiter/Angestellten bei 71 zu 1 bewegt, bekommen die Vorstandsmitglieder hier zwischen 2,2 Millionen und 2,4 Millionen Euro an Vergütung, das rund 90fache des einfachen Mitarbeiters. 90 Prozent der Beschäftigten der Post AG/DHL bekommen monatlich zwischen 2.448 Euro und 3430 Euro brutto bei Vollzeitarbeit. Das sind unterdurchschnittliche Gehälter. Aber so soll es offensichtlich auch bleiben. Jedenfalls sind die Tarifabschlüsse (5 Prozent auf 2 Jahre) weiter von Bescheidenheit (des Personals und der gewerkschaftlichen Akteure) geprägt. So

um die 2,5 Prozent im Jahr. Im Gegensatz dazu wurde zum ersten Januar 2025 die Briefgebühren um über 10 Prozent erhöht. Beschäftigten und Kunden kommt das offenbar nicht zu gute.

Bernd Kevesligeti- Aktionär

*Bernd Kevesligeti*

# Antrag zu TOP 10

## Von Aktionär Nico Michael Sandig

Von: Nico Sandig < >  
Gesendet: Freitag, 17. April 2026 19:54  
An: Hauptversammlung, Abt 631, Bonn <[hauptversammlung@dhl.com](mailto:hauptversammlung@dhl.com)>  
Betreff: Gegenantrag zur Hauptversammlung 2026 – Vergütungsbericht

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich gemäß §§ 126, 127 AktG folgenden Gegenantrag zur ordentlichen Hauptversammlung 2026 der Deutsche Post AG.

Ich beantrage, den unter Tagesordnungspunkt 10 zur Beschlussfassung vorgelegten Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr 2025 nicht zu billigen.

Zur Begründung:

Der vorgelegte Vergütungsbericht weist aus meiner Sicht erhebliche Mängel hinsichtlich Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Angemessenheit der variablen Vergütung auf. Die Struktur der variablen Vergütung ist durch eine Vielzahl von Komponenten (kurzfristige, mittelfristige und langfristige Elemente) sowie unterschiedliche Bemessungsgrundlagen und Zeiträume geprägt. Dies führt zu einer erheblichen Komplexität und erschwert die Nachvollziehbarkeit für Aktionäre.

Zudem basiert die variable Vergütung auf einer Vielzahl unterschiedlich gewichteter finanzieller und nichtfinanzieller Leistungsparameter (u. a. EAC-Kennzahlen, Free Cashflow sowie ESG-Kriterien), was die Transparenz weiter reduziert und die Systematik unnötig kompliziert erscheinen lässt.

Die ausgewiesenen Zielerreichungsgrade sind aufgrund komplexer Berechnungsmechanismen, nachträglicher Anpassungen (z. B. Bereinigungen von Kennzahlen) sowie bestehender Ermessensspielräume des Aufsichtsrats (Zu- bzw. Abschläge) für Aktionäre nicht hinreichend nachvollziehbar.

Darüber hinaus erscheinen einzelne verwendete Leistungsindikatoren, insbesondere im Bereich nichtfinanzieller Ziele, nur eingeschränkt geeignet, da sie teilweise auf internen Erhebungen oder schwer überprüfbar externen Bewertungen beruhen.

Insgesamt ist das Vergütungssystem durch eine hohe Komplexität, mangelnde Transparenz und eingeschränkte Nachvollziehbarkeit geprägt, sodass im Ergebnis der Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr 2025 nicht zu billigen ist.

Mit freundlichen Grüßen,  
Nico Michael Sandig

Aktionärsnummer

Postanschrift:

# Antrag zu TOP 3

## Dachverband Kritische Aktionäre



### **Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der DHL Group Deutsche Post AG am 5. Mai 2026**

#### **Zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung des Vorstands**

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, dem Vorstand der DHL Deutsche Post AG die Entlastung zu verweigern.

#### **Begründung:**

Der Vorstand wird seiner Verantwortung für eine klimagerechte und sozial ausgewogene Unternehmensführung nicht gerecht.

#### **Klimapolitisch verantwortungsloser Ausbau des Frachtflugverkehrs**

Die strategische Ausrichtung auf eine weitere Ausweitung des Frachtflugverkehrs – insbesondere im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des Frachtflughafens Leipzig/Halle – steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Klimazielen. Die geplante Kapazitätsverdopplung würde die Treibhausgasemissionen weiter erhöhen und zugleich zu erheblichen Belastungen für Umwelt und Anwohner\*innen durch Lärm und Luftschadstoffe führen.

#### **Sozial unverantwortlicher Stellenabbau und Arbeitsverdichtung**

Die Ausbaupläne stehen im Widerspruch zu dem massiven Stellenabbau am DHL-Flughafen Leipzig/Halle. Der Verlust von über 1.000 Arbeitsplätzen innerhalb von zwei Jahren sowie die anhaltende Unsicherheit für die verbleibenden Beschäftigten führen zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung und steigenden gesundheitlichen Belastungen. Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung muss den Erhalt guter Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherheit priorisieren.

#### **Rekordbeschwerden zeigen Mängel bei Zustellungen auf**

Noch nie haben sich in Deutschland so viele Verbraucher\*innen über Postdienstleistungen beschwert wie im vergangenen Jahr: Mit 55.395 Beschwerden bei der Bundesnetzagentur wurde ein neuer Höchststand erreicht – ein Anstieg um rund ein Viertel gegenüber dem Vorjahr. Die Beschwerden betreffen grundlegende Leistungen wie unversehrte und korrekte Zustellung sowie angemessene Lieferzeiten. Dass selbst diese Basisanforderungen zunehmend nicht erfüllt werden, weist auf tiefgreifende strukturelle Defizite hin, die der Vorstand bislang nicht ausreichend adressiert hat.